

**BUNDESMINISTERIUM FÜR  
WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG**

GZ 5432/14-7/88

An das  
Präsidium des NationalratesParlament  
1014 W i e n

Betrifft GESETZENTWURF	
Z.	14 - GE 9 88
Datum: 15. MRZ. 1988	
Verteilt: 16.3.1988 Kauer	

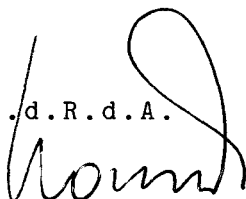
Dr. Pommer

In der Anlage werden 25 Exemplare der Stellungnahme des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Vertragsbedienstetengesetz 1948 (39. Vertragsbedienstetengesetz-Novelle) und die Bundesforst-Dienstordnung 1986 geändert werden, des Bundeskanzleramtes zur Kenntnisnahme übermittelt.

Beilagen

Wien, 14. März 1988  
Für den Bundesminister:  
Dr. FRÜHAUF

F.d.R.d.A.



**BUNDESMINISTERIUM FÜR  
WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG**

GZ: 5432/14-7/88  
Bei Beantwortung bitte angeben.

An das  
Bundeskanzleramt

Ballhausplatz 2  
1014 W i e n

1014 Wien  
Minoritenplatz 5  
Postfach 104  
Tel. (0222) ~~68 20 40~~  
531 20 DW: 44 58  
Sachbearbeiter: Dr. Hornig

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das  
Vertragsbedienstetengesetz 1948 (39. Ver-  
tragsbedienstetengesetz-Novelle) und die Bun-  
desforste-Dienstordnung 1986 geändert werden;  
Stellungnahme

Zu dem mit do. GZ 921.010/1-II/A/1/88 vom 12. Februar 1988  
übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Ver-  
tragsbedienstetengesetz 1948 (39. Vertragsbedienstetengesetz-  
Novelle) und die Bundesforste-Dienstordnung 1986 geändert wer-  
den, nimmt das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung  
wie folgt Stellung:

Zu Artikel I Z 3:

Im Zusammenhang mit der vorgesehenen Regelung bleibt offen, ob  
adäquate Bestimmungen im Sinne der §§ 28a und 28b VBG 1948 be-  
treffend Entschädigung und Abfindung für den Erholungsurlaub  
für den hier vorgesehenen Freistellungsanspruch bewußt oder  
irrtümlich fehlen. Dies umso mehr, als durch Artikel I Z 11 des  
vorliegenden Entwurfes der Konnex zwischen Freistellungsan-  
spruch und Erholungsurlaub hergestellt wird.

Zu Artikel I Z 14:

Der Passus "ausschließlich deswegen beendet wurde, um ein Dienstverhältnis zum Bund einzugehen" erscheint aus mehreren Gründen problematisch und sollte weggelassen werden. Man sollte den Abfertigungsanspruch im vorliegenden Fall allein vom objektiven Tatbestandsmerkmal des unmittelbar folgenden Dienstverhältnisses zum Bund abhängig machen (naturgemäß nur dann, wenn kein Verwirkungstatbestand im Sinne des § 35 Abs.5 Z 2 VBG 1948 vorliegt).

In der jetzt vorgesehenen Form erscheint die Bestimmung aus folgenden Gründen nicht günstig:

1. Einen Anspruch von einem faktisch unbeweisbaren Motivinhalt abhängig zu machen, birgt große Rechtsunsicherheit in sich. Vorsorglich würde jedes Dienstverhältnis mit dem Willen, ein solches zum Bund einzugehen, gelöst werden. Die Probleme bei der Vollziehung des § 54 Abs.1 Gehaltsgesetz 1956 (Abfertigung für Universitäts- und Hochschulassistenten) sollte als Negativbeispiel genügen.
2. Die vorgesehene Bestimmung zielt offenkundig darauf ab, auch die Beendigung eines Dienstverhältnisses zum Bund, das durch ein unmittelbar folgendes neuerliches Dienstverhältnis zum Bund abgelöst werden soll, zu inkludieren. Hier erscheint jedoch die Diktion "um ein Dienstverhältnis zum Bund einzugehen" problematisch, da ein solches ja bereits besteht.
3. Sollte die vorgesehene Bestimmung jedoch so gemeint sein, daß Dienstverhältnisse zum Bund hier nicht inkludiert sind, so bestünde die Ungerechtigkeit darin, daß ein unmittelbar vorangegangenes Dienstverhältnis zu einer anderen Gebietskörperschaft besser behandelt würde, als ein solches zum Bund.

- 3 -

Zu Artikel IV:

Im Bereich des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung sind Sonderverträge gemäß § 36 VBG 1948 zu beachten, die sich hinsichtlich einer allfälligen Bezugserhöhung zwar an die jeweils für die Vertragsbediensteten des Bundes geltende Regelung anschließen, aber auf eine Erhöhung, die in einem Schillingbetrag ausgedrückt ist, nicht abgestimmt sind. Die betreffenden Vertragsvereinbarungen übernehmen stattdessen stets die bei Bezugserhöhungen üblichen Prozentsätze. Das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung geht davon aus, daß Artikel IV Abs.4 Z 1 des Entwurfes für die Bezugserhöhung die entsprechende in den Sonderverträgen enthaltene jeweilige Regelung ihrem Wortlaut gemäß, aber nicht im analogen Sinn anzuwenden ist. Dadurch kann sich allerdings rechnermäßig ein geringfügig anderer Betrag als der vorgesehene ergeben.

Wien, 14. März 1988

Für den Bundesminister:

Dr. FRÜHAUF

F.d.R.d.A.

